



Offener Brief an die Bundesregierung

Wettbewerbsfitt Rahmenbedingungen für die energieintensiven Unternehmen und ihre Beschäftigten

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
sehr geehrte Damen und Herren der Bundesregierung,

die energieintensiven Unternehmen unseres Landes und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wenden sich an Sie mit dem dringenden Ersuchen, sich für wettbewerbsgerechte klimapolitische Rahmenbedingungen einzusetzen.

Schon heute investieren unsere Unternehmen in erheblichem Umfang in klimafreundliche Technologien und Prozesse. Gleichzeitig ist die Herstellung energieintensiver Güter wie beispielsweise Stahl, Aluminium oder Papier absehbar bedroht vom EU-Emissionshandel, der zu hohen Kosten führt, die es sonst kaum irgendwo auf der Welt gibt. Konkret gilt es daher die Freizuteilung von Emissionsrechten für die Industrie in Europa und in Österreich zu verlängern, um damit die klimafreundliche Transformation der betroffenen Industrieanlagen weiter zu ermöglichen und den heimischen Standort abzusichern.

Die aktuellen Vorgaben der EU mit einem Reduktionspfad im EU-Emissionshandel hin zu Nullemissionen um das Jahr 2040 sowie die übereilte schrittweise Abschaffung kostenloser Emissionen („Gratiszuteilung“) bereits bis 2034 stellt für viele Unternehmen eine praktisch nicht lösbare Herausforderung dar. Die für die Transformation erforderlichen Voraussetzungen – großflächige Verfügbarkeit von CO₂-armem Strom und Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen, Infrastruktur, ein marktfähiges Carbonmanagement-System entlang der gesamten Wertschöpfungskette und ein vergleichbares Ambitionsniveau wichtiger Wettbewerbsregionen weltweit – werden bis Mitte der 2030er Jahre schlicht nicht gegeben sein. Dazu muss angemerkt werden, dass diese Voraussetzungen praktisch innerhalb von zwei Investitionszyklen geschaffen werden müssten, was angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage und der bürokratischen Belastungen – etwa Genehmigungen – als nicht realistisch eingeschätzt werden muss.

Die drohende, rasch steigende CO₂-Kostenbelastung führt dazu, dass die notwendigen finanziellen Mittel für die angestrebte Transformation fehlen. Die durch die Verknappung von CO₂-Zertifikaten zusätzlich entstehenden CO₂-Kosten übersteigen in vielen Fällen die finanziellen Möglichkeiten der Unternehmen. Sie gefährden damit aber nicht nur die klimafreundliche Umstellung der Produktion, sondern die Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis in Europa und in Österreich insgesamt und damit viele tausend Arbeitsplätze in den energieintensiven Branchen sowie deren Wertschöpfungsketten.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Damen und Herren der Bundesregierung, wie Sie wissen, wird derzeit auf europäischer Ebene das Klimaziel 2040 verhandelt. Es wird diskutiert, ob die bestehenden Klimaziele der EU trotz äußerst schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen durch ein extrem ambitioniertes Zwischenziel bis zum Jahr 2040 noch weiter verschärft werden. Dies bietet die Gelegenheit, die Zustimmung Österreichs zu einem solchen verschärften Ziel im Interesse unseres Landes zu hinterfragen und strikt an die Umsetzung wettbewerbsfitter Rahmenbedingungen für die energieintensive Industrie zu knüpfen – wie sie im Übrigen auch seitens Deutschlands eingemahnt werden. Dazu fordern wir Sie heute als bedeutende energieintensive Unternehmen in Österreich und ihrer Beschäftigten eindringlich auf.

In unmittelbarem Zusammenhang mit dem EU-Ziel rufen wir in Erinnerung, dass bereits ein einseitiges österreichisches Ziel einer Klimaneutralität 2040 – ganze zehn Jahre früher als die EU - den Standort massiv belasten würde. Angesichts eines gemeinsamen EU-Ziels würden damit andere Mitgliedsstaaten profitieren.

Für die österreichische und europäische energieintensive Industrie kann die Transformation nur dann erfolgreich sein, wenn Arbeitsplätze an den heimischen Standorten gesichert bleiben – sowohl für die aktuelle Belegschaft als auch für kommende Generationen. Ohne ein stabiles soziales Fundament drohen soziale Verwerfungen in den Mitgliedstaaten und in der gesamten EU, die sich niemand wünschen kann. Die Entscheidung über Wohlstand und Beschäftigung und eine gelingende Transformation der energieintensiven Industrie fällt jetzt.

Mit freundlichen Grüßen



Dipl.-Ing. Herbert Eibensteiner
CEO voestalpine AG
Vorsitzender der Plattform

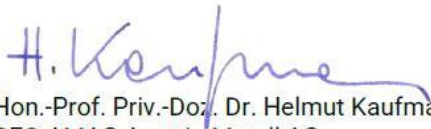


Manfred Hippold
Zentralbetriebsratsvorsitzender der
voestalpine AG



Dr. Kurt Maier
Vorsitzender der Plattform
Präsident der Industriellenvereinigung Steiermark





Hon.-Prof. Priv.-Doz. Dr. Helmut Kaufmann
CEO AMAG Austria Metall AG



Günter Mikula
Konzernbetriebsrat AMAG Austria Metall AG



DI Christian Skilich, MBA, LL.M.
Chief Pulp and Chief Technology Officer
Lenzing AG



Mag. Heimo Berger
Geschäftsführer Leube Gruppe



Othmar Danninger
Konzernbetriebsrat Leube Gruppe


Stefan Borgas (Oct 20, 2025 14:54:39 GMT+2)

Stefan Borgas
CEO RHI Magnesita GmbH

Dr. Manfred Hartinger
Sappi Austria Produktions-GmbH & Co. KG



Ing. Christian Wersonik
Chairman of the Works Council Sappi Europe



Mag. Günter Hochrathner
CEO Smurfit Westrock Nettingsdorf AG & Co KG



Thomas Huber
Vorsitzender Arbeiterbetriebsrat
Smurfit Westrock Nettingsdorf AG & Co KG

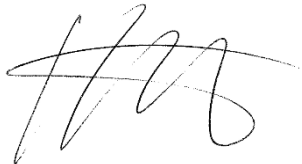




Dr. Markus Ritter
CEO Stahl- u. Walzwerk
Marienhütte GmbH

René Kniewallner
Vorsitzender Arbeiterbetriebsrat
Stahl- u. Walzwerk Marienhütte GmbH

Ing. Harald Bischof
Vorsitzender Angestelltenbetriebsrat
Stahl u. Walzwerk Marienhütte GmbH



Dr. Heimo Scheuch
CEO Wienerberger AG



Gerhard Seban
Head of European Works Council /
Central Works Council



Mike Resnicek, MSc
CEO/CFO Zellstoff Pöls AG

Zellstoff Pöls AG
A-8761 Pöls, Dr. Luigi-Angeli-Straße 9
FN 200511 w ATU 50668004



Gerhard Rappitsch
Vorsitzender Arbeiterbetriebsrat
Zellstoff Pöls AG

